

## Tarifabschluss in der Chemiebranche

Am 8. März (2007) einigten sich die Tarifparteien. Die Beschäftigten erhalten eine generelle Lohnerhöhung von 3,6 %. Zudem können sie auf eine Einmalzahlung von weiteren 0,7 % hoffen. Diese Einmalzahlung ist allerdings voll flexibilisiert, das heißt sie kann in Betrieben von der Geschäftsleitung und Betriebsrat verschoben, gekürzt oder ganz gestrichen werden. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 14 Monaten. Wie die junge welt am Dienstag (13.03.07) berichtete, wurde in den Verhandlungen auch der Manteltarifvertrag geändert und zwar sollen die ArbeitnehmerInnen auf bis zu 10% des Lohns verzichten, um früher in Rente gehen zu können. Dazu später mehr. Außerdem wurde der Ausbildungsvertrag, der zum Jahresende ausläuft, bis 2010 verlängert. Die Unternehmen wollen 2007 und 2008 insgesamt 16.800 neue Ausbildungsplätze anbieten.

Es war die erste Tarifeinigung in diesem Jahr und wurde auch wegen der bevorstehenden Metalltarifrunde, bei der die IG Metall 6,5% mehr Lohn fordert, mit Spannung erwartet. Was ist also von diesem Abschluss zu halten? Die Ausgangslage der Gewerkschaft war ähnlich wie die der Metallbranche. Die wirtschaftliche Lage ist ausgesprochen gut, viele Unternehmen vermeldeten Rekordzahlen. Das durchschnittliche Wachstum betrug über 4 %, davon sollten die Beschäftigten dieses Jahr einen kräftigen Schluck aus der Lohnpulle bekommen. Die Industriengewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie ging mit einer Forderung von 4 bis 4,5 % in die Verhandlungen. Traditionell einigt man sich in der Chemiebranche zügig, der letzte Streik ist über 30 Jahre her.



Aktion bei den Tarifverhandlungen IGM in Sindelfingen am 27. März

So war es schon etwas überraschend, dass die Gewerkschaft nach der ersten Verhandlungsrunde erstmals seit zehn Jahren ihre Mitglieder zu Demonstrationen gegen die Arbeitgeber mobilisierte. Doch bereits in der zweiten Verhandlungsrunde war alles wieder gut, das Ergebnis wurde von beiden Seiten und der bürgerlichen Presse ... bejubelt. In der Tat können sich die Unternehmen über den Abschluss freuen. Sie konnten ihre Forderungen weitgehend durchsetzen:

- Eine im Vergleich zum Gewinn der Branche magere Tariferhöhung,
- einen substantiellen Anteil der Lohnerhöhung als Einmalzahlung durchgesetzt
- und schließlich ein weiteres Tor in Richtung Arbeitnehmerfinanzierte Sozialsicherung – und damit Entlastung der Arbeitgeberseite - aufzustoßen. Doch der Reihe nach:

Die Gewerkschaft hat das Ergebnis auf 4,3% schön gerechnet. Umgerechnet aufs Jahr bedeutet der Abschluss aber eine Erhöhung von knapp 3,1 % für alle Beschäftigten und knapp 3,7 % für diejenigen Betriebe, die die vereinbarten Einmalzahlungen voll auszahlen. Das ist zwar etwas mehr als in den vergangenen Jahren erzielt werden konnte, zumal die letzte Tarifverhandlung in der Chemiebranche im Jahr 2005 war, doch eine kräftige Lohnerhöhung, wie uns das die Gewerkschaftsspitze weismachen will, ist dieser Abschluss natürlich nicht.

Zudem hat der Tarifabschluss einen gewaltigen Nachteil: die Einmalzahlungen. Zum Einen gehen Einmalzahlungen nicht in die Tariftabellen ein, auf denen die nächsten Tarifverhandlungen basieren. Einmalzahlungen verkauft als „Konjunkturbonus“ sind ein weiterer Schritt in Richtung Verlagerung des Unternehmerrisikos auf den Rücken der Belegschaft. In vielen Industriebetrieben gibt es bereits eine Form der Gewinnbeteiligung, geht es dem Betrieb gut, wird an die ArbeiterInnen ausgeschüttet, geht es ihm schlecht, gibt es halt nichts. Es ist aber keine Aufgabe der Tarifpolitik, seit jeher existierende Unterschiede zwischen der Wettbewerbsfähigkeit verschiedener Unternehmen auszugleichen.

Zudem werden es sich zahlreiche Arbeitgeber – vor allem aus kleineren und mittleren Unternehmen – nicht nehmen lassen diesen Teil des Tarifabschlusses ersatzlos zu streichen. Denn vor allem in diesen Bereichen haben die Betriebsräte weder die Macht noch die Verhandlungserfahrung, um einer Drohung seitens des Arbeitgebers zu begegnen. Bei den derzeitigen Kräfteverhältnissen werden die Betriebsräte in vielen Betrieben unterschiedlicher Branchen schlichtweg erpresst, um Zugeständnisse der Belegschaft z.B. bei der Arbeitszeit, beim Lohn oder Urlaub zu erzwingen. Dabei handeln viele Betriebsräte in dem irrigen Glauben, Zugeständnisse machen zu müssen um damit Arbeitsplätze oder den Standort zu retten, tatsächlich beschleunigen sie die Abwärtsspirale. So wird sich in den meisten Betrieben der „Konjunkturbonus“ in einen Malus für Arbeit um jeden Preis verwandeln.

Es ist deshalb nicht nur eine grobe Fahrlässigkeit der Gewerkschaft die Verantwortung von Lohnverhandlungen auf die Betriebsräte zu übertragen, es ist auch

die weitere Aushöhlung des Flächentarifvertrages, den die Gewerkschaft seit Jahren aktiv betreibt. So gibt es bereits seit Jahren Arbeitszeit- und Entgeltkorridore. Die Arbeitszeit kann z. B. von 37,5 auf 40 Stunden in der Woche erhöht werden. Und auch Einmalzahlungen in Tarifabschlüssen sind für die IG Bergbau, Chemie und Energie nichts Neues. Bereits bei den letzten beiden Tarifrunden 2004 und 2005 gab es Einmalzahlungen. Und so werden sich die KollegInnen wundern, dass die Tarifierhöhung nicht von ihrem derzeitigen Bruttolohn gerechnet wird sondern mit 1,2% Abschlag, denn so hoch war 2005 die Einmalzahlung. Also sind selbst die 3,1% Lohnerhöhung noch schön gerechnet.

Die Metallarbeitgeber haben die Tarifrunde genau beobachtet. Durch den jetzigen Tarifabschluss müssen sie sich gestärkt fühlen auch im Metallbereich verstärkt auf Einmalzahlungen zu setzen. Ob da die Metaller dagegen halten können, wird sich in den nächsten Wochen zeigen müssen.

Zum Schluss noch ein Punkt, zu dem es zunächst zumindest keine offizielle Stellungnahme gab, weder von der Gewerkschaft noch der Arbeitgeberseite. Nach einem Bericht der jungen welt vom Dienstag (13.03.07), wurde in den Verhandlungen auch der Manteltarifvertrag

in puncto „Langzeitkonten“ ergänzt. Demnach sollen Beschäftigte künftig nicht nur Überstunden und Zuschläge sondern auch bis zu 10% des Tarifentgelts für einen früheren Renteneintritt ansparen. Es passt ins Bild, dass eben jene Vereinbarung keine Rolle in der Darstellung der Tarifergebnisse spielen sollte. Gerade hatte der Bundestag die Rente bis 67 beschlossen, IG Metall und Verdi hatten halbherzig dagegen protestiert, von der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie und seinem Vorsitzenden Hubertus Schmoldt war in dieser Zeit nichts zu sehen und zu hören. In der Süddeutschen Zeitung vom 10. März (2007) meldete er sich nach dem Tarifabschluss zu diesem Thema zu Wort, Zitat: „Wir müssen Lösungen für altersgerechtes Arbeiten finden, und wir brauchen Instrumente, die den vorzeitigen Ausstieg aus dem Berufsleben ermöglichen (...)“. Statt sich dafür einzusetzen, dass die Erhöhung des Renteneintrittsalters verhindert wird, macht sich der Herr Vorsitzende Gedanken wie sich die Rente ab 67 finanzieren lassen kann, auf Kosten der Arbeiterinnen und Arbeiter versteht sich.

**AG Weisse Fabrik**

## Ende der Bescheidenheit!?

**Nach Jahren der Zurückhaltung und Reallohnverluste wollen die Gewerkschaften in diesem Jahr die gute Konjunkturlage und Gewinnsprünge vieler Unternehmen für eine Trendwende nutzen. Neben der Metall- und Elektroindustrie fordern die Beschäftigtenorganisationen auch in weiteren Branchen deutliche Lohnerhöhungen in den laufenden oder anstehenden Tarifverhandlungen.**

Die **Bahn-Gewerkschaften Transnet und GDBA** fordern von der Deutschen Bahn in der anstehenden Tarifrunde durchschnittlich sieben Prozent mehr Lohn. Die Anhebung in den unteren Einkommensgruppen müsse mindestens 150 Euro pro Monat betragen.

Die **vereinte Dienstleistungsgewerkschaft ver.di** fordert für die insgesamt 3,7 Millionen Beschäftigten des deutschen Groß- und Einzelhandels ebenfalls deutliche Lohnerhöhungen. Eine zentrale Forderung für alle Bundesländer gibt es bei ver.di nicht. In Baden-Württemberg und Niedersachsen lägen die Forderungen im Einzelhandel bei 5,5 Prozent mehr Lohn, in Nordrhein-Westfalen bei 4,5 Prozent, im Großhandel in den meisten Ländern zwischen sechs und 6,5 Prozent. In den meisten Bundesländern gibt es außerdem die Forderung nach einem Mindestlohn von 1500 Euro.

Die **IG Metall** fordert eine Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 6,5 Prozent für die rund 3,4 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie. Die Unternehmer haben am 27. März erstmals ein Angebot vorgelegt. Die von Südwestmetall-Verhandlungsführer Jan Stefan Roell präsentierte Offerte sieht eine tabellenwirksame Erhöhung der Löhne und Gehälter von 2,5 Prozent bei einer Laufzeit von zwölf Monaten vor. Hinzu kommt ein »Konjunkturbonus« von 0,5 Prozent des tariflichen Monatseinkommens, der nicht in die Einkommenstabellen eingeht. Das Weihnachtsgeld soll nach Vorstellungen der Unternehmer für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren »variabel gestaltet« werden. Je nach Ertragslage könnten die Betriebe um bis zu 15 Prozentpunkte vom derzeitigen Wert, der bei etwa 55 Prozent eines Monatseinkommens liegt,

abweichen. Die IG Metall lehnt sowohl den Konjunkturbonus als auch eine dauerhafte »Differenzierung« des Weihnachtsgeldes ab.

Eine Einigung gab es am Wochenende bei den Tarifverhandlungen für das **Bauhauptgewerbe**. Die rund 680000 Beschäftigten erhalten 3,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt (Forderung war 5,5 Prozent), gesplittet in eine Lohnerhöhung von 3,1 Prozent, sowie 0,4 Prozent, die als monatlicher Festbetrag gezahlt werden sollen. Der Tarifvertrag gilt ab 1. Mai für eine Laufzeit von elf Monaten. Der derzeit gültige Tarifvertrag lief am 31. März aus. Nach der Chemieindustrie ist die Einigung in der Bauwirtschaft in diesem Jahr der zweite große Tarifabschluss über drei Prozent.

Parallel zur Lohnerhöhung einigten sich die IG BAU und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) auf eine Erhöhung der Beiträge zur betrieblichen Altersversorgung für das Baugewerbe um 1,2 Prozentpunkte der Bruttolohnsumme. Hiervon tragen die Beschäftigten die Hälfte durch Anpassung des zusätzlichen Urlaubsgeldes auf 25 Prozent. Diese Vereinbarung gilt ab 1. Januar 2008.

### Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster  
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt

Tel: 06182/782306

E-Mail: [HKroha@t-online.de](mailto:HKroha@t-online.de)

Redaktionsschluss: 3. April 2007

# Mit Blockade den Verkauf gestoppt

## Beschäftigte der Freudenberg Bausysteme KG im nordbadischen Weinheim haben Konzernspitze mit spektakulärer Aktion zum Rückzug gezwungen

Mit einer spektakulären Aktion haben die Beschäftigten der Freudenberg Bausysteme KG (FBS KG) den geplanten Verkauf ihres Unternehmens vorerst verhindert. Nach einer zehnstündigen Blockade aller 4 Tore des Industrieparks Freudenberg im nordbadischen Weinheim am Freitag, 19.1.07 machte das Management zu Wochenbeginn einen Rückzieher und sicherte schriftlich zu, die Verkaufsgespräche auszusetzen.

Seit Monaten schwelte bei FBS ein Konflikt zwischen Beschäftigtenvertretern und der Konzernspitze des Freudenbergkonzerns mit Stammsitz in Weinheim (weltweit ca. 33.000 Beschäftigte, in Weinheim ca. 6.200). Die Konzernleitung will den Betrieb, in dem Kautschuk-Bodenbeläge für Großprojekte (u. a. für Flughäfen, Krankenhäuser und Schulen) hergestellt werden, trotz eines guten Betriebsergebnisses an einen direkten Konkurrenten verkaufen. Die Belegschaft befürchtet, dass dadurch die Marktchancen für die eigenen Produkte massiv beeinträchtigt werden, so dass dadurch die Sicherheit der Arbeitsplätze unmittelbar in Frage gestellt wird. Wütend sind die rund 900 Arbeiter und Angestellten der FBS KG insbesondere darüber, dass die Konzernspitze ihnen jegliche konkreten Informationen vorenthielt. Am Donnerstag, den 18.1.2007, hatten sie, nach dem vom Konzern zunächst die Info gestreut wurde, der Verkauf sei quasi vom Tisch, diese dann aber drei Tage später wieder revidiert wurde, die Nase voll. Auf einer kurzfristig angesetzten Betriebsversammlung beschlossen sie deren unbegrenzte Fortsetzung und für den Folgetag eine Blockade aller Zufahrtswege zum Industriepark Freudenberg. Auf diesem sind neben den verschiedenen Freudenberg-firmen auch andere Unternehmen tätig. Am Freitag, um 5.00 Uhr in der Frühe, wurde die Betriebsversammlung unterbrochen und die Tore dichtgemacht. Zehn Stunden lang wurde kein LKW hinein- oder herausgelassen. Der Rückstau reichte zwei Kilometer weit, bis zur Auto-bahnausfahrt und in die Weinheimer Innenstadt. Das Verkehrschaos war komplett. Trotz Drohungen der Polizei, die Aktion sei rechtswidrig und müsse sofort beendet werden, wurde die Blockade bis in den späten Nachmittag fortgesetzt. Nahezu die ganze Belegschaft, inklusive der Angestellten und einiger Führungskräfte, haben sich, verteilt über den Gesamtzeitraum, an der Aktion beteiligt. Viele Beschäftigte der anderen Betriebe des Industrieparks legten spontan ebenfalls die Arbeit nieder und schlossen sich ihren Kollegen von FBS an. Auch Aktivisten des Mannheimer Kraftwerksbauers Alstom Power, die 2005 mit einer siebentägigen Betriebsversammlung gegen Arbeitsplatzabbau für Aufsehen gesorgt hatten, erklärten vor Ort ihre Solidarität.

Obwohl die Konzernleitung ihre Verkaufsabsichten noch am Freitagnachmittag bekräftigte, folgte bald darauf der Rückzieher. In einer Krisensitzung zu der die Konzernleitung die Betriebsratsvertreter der FBS KG, den Konzernbetriebsratsvorsitzenden und den Eurobetriebsratsvorsitzenden am Wochenende kurzfristig für Montagmorgen eingeladen hatte, teilte die Konzernspitze mit, dass sie die Gespräche mit potentiellen Partnern für das Bodenbelagsgeschäft jetzt nicht mehr fortsetzt. Dadurch solle der Betriebsfrieden wiederhergestellt und die Belieferung der Kunden gewährleistet werden. Dem

Betriebsrat wurde die Beteiligung an eventuellen künftigen Verkaufsverhandlungen schriftlich zugesichert. Auf der seit montagfrüh 5.00 Uhr fortgesetzten Betriebsversammlung wurde die schriftliche Zusage der Konzernleitung vorgetragen und diskutiert. Einmütig beschlossen die Beschäftigten daraufhin die Betriebsversammlung zum Beginn der Spätschicht zu beenden und die Torblockaden auszusetzen. Das Ziel: Beendigung der Verkaufsgespräche war durchgesetzt worden und zusätzlich war erreicht worden, dass, bei eventuell anstehenden neuen Verkaufsgesprächen, der Betriebsrat informell einzubeziehen ist.

Dies ist ein enormer Erfolg der FBS-Belegschaft. In einer beispiellosen Aktion haben sie, ohne auf die offizielle Unterstützung der Gewerkschaft (IG BCE) zu warten, die Initiative ergriffen, um den geplanten Verkauf zu verhindern. Dass sie ihr Ziel in relativ kurzer Zeit erreichen konnten, ist vor allem dem geschlossenen Widerstand der ganzen Belegschaft und der breiten Solidarität aus den anderen Freudenbergbetrieben zu verdanken. Dies, zusammen mit der Effizienz der Blockadeaktion, hat einen enormen Druck auf die Konzernleitung ausgeübt. Vor allem die Behinderung der Just in Time-Lieferungen an die Autoindustrie (Freudenberg ist im Kerngeschäft Autozulieferer, z. B. Dichtungs- und Schwingungstechnik usw.) durch die LKW-Blockade war entscheidend für die schnelle Beendigung dieser Auseinandersetzung. Aber nicht nur die Produktionsstillstandszeiten und die angedrohten Regressforderungen der Kunden haben diese Einsicht bewirkt sondern auch der drohende Verlust des bisherigen Renommées als zuverlässiger Partner der Autoindustrie und als sozial eingestelltes Unternehmen in aller Öffentlichkeit. Dies hat nicht zuletzt auch dazu beigetragen, dass sich sowohl der interne Werkschutz, als auch die Polizei sehr zurückgehalten haben.

Ganz wichtig ist, dass die Beschäftigten der verschiedenen Freudenbergbetriebe durch diese Aktion wieder zusammengewachsen sind und realisiert haben, dass sich Widerstand gegen Konzernwillkür lohnt und dass man dabei auch erfolgreich sein kann. Zum Abschluss der Betriebsversammlung wurde von den Teilnehmern betont, dass, sollte die Konzernleitung wieder über die Beschäftigteninteressen hinweg, ihre Ziele durchsetzen wollen, die Belegschaft bereit ist, die Blockadeaktion zu wiederholen.

**Helmut Schmitt**, 25. Januar 2007

stellv. BR-Vorsitzender der FBS KG

Vorsitzender der Ortsgruppe Weinheim der IG BCE

[www.labournet.de](http://www.labournet.de)

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch

# Verzicht und Widerstand

## Gewerkschaften 2006: Weitere Verschlechterungen bei Einkommen und Arbeitszeiten - erbitterte Gegenwehr auf betrieblicher Ebene

Für die Gewerkschaften war 2006 ein Jahr voller Widersprüche. Auf der einen Seite steht eine verheerende Bilanz: Allerorten wurden Arbeitszeiten verlängert, Löhne gekürzt und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die Flucht der Unternehmer aus den Flächentarifverträgen hält ebenso an wie deren innere Zergliederung. Andererseits haben die Beschäftigten in vielen betrieblichen und tariflichen Konflikten die Kapitaloffensive nicht widerstandslos hingenommen.

### Öffentlicher Dienst

Die Gewerkschaftsspitzen haben auch 2006 eine Vielzahl hart erkämpfter Errungenschaften preisgegeben. Im öffentlichen Dienst hat die Ersetzung der alten Flächentarifverträge durch das »Jahrhundertwerk« TVÖD eine scheinbar unaufhaltsame Abwärtsspirale in Gang gesetzt. Statt Vereinheitlichung und Vereinfachung gelten bei Einkommen und vor allem Arbeitszeiten nun zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie von Bundesland zu Bundesland völlig unterschiedliche Regelungen.

Die Entwicklung im öffentlichen Dienst hat allerdings auch eine positive Kehrseite. So haben 2006 Tausende Beschäftigte in Krankenhäusern, Landesämtern und Kitas – viele von ihnen zum ersten Mal – an zum Teil wochenlangen Streiks teilgenommen. Auf diese Erfahrung werden sie sicherlich schon bald wieder zurückgreifen müssen. Zentrum des Konflikts war nicht zufällig die baden-württembergische Landeshauptstadt Stuttgart, einer der wenigen ver.di-Bezirke, in denen linke Funktionäre das Sagen haben. Weil hier in der Kommune fast 60000 und beim Land rund 75000 Streiktage »verlorengingen«, blieb die »Arbeitgeber«-offensive hin zur 40-Stunden-Woche auf halbem Weg stecken.

### Metallindustrie

Die in der IG Metall stattfindenden Prozesse ähneln denen bei ver.di in ihrer Widersprüchlichkeit. Die Spitze der Metallergewerkschaft war – trotz teilweise hervorragendem Organisationsgrad – vielfach zu kampflosen Zugeständnissen bereit, um damit Produktionsverlagerungen vermeintlich zu verhindern. Dass diese »Strategie« nicht aufgeht, hat nicht zuletzt der Fall BenQ gezeigt. Die in den seinerzeit noch zum Siemens-Konzern gehörenden Werken in Bocholt und Kamp-Lintfort 2004 akzeptierte unbezahlte Arbeitszeitverlängerung – der erste bedeutende Tabubruch dieser Art – hat die Betriebsschließungen und Entlassungen letztlich nicht verhindert. Dennoch hat die IG-Metall-Spitze es zugelassen, dass ein Großteil der Unternehmen dem »Vorbild« Siemens gefolgt ist. Beschleunigt wurde diese Entwicklung durch das Pforzheimer Abkommen von Anfang 2004, das betriebliche Abweichungen vom Flächentarif auch ohne ökonomische Notlage ermöglicht. Laut IG Metall haben bis Ende Oktober 2006 hiervon 938 Unternehmen Gebrauch gemacht.

Aber auch hier gibt es eine entgegen gesetzte Tendenz. Obwohl selbst gut organisierte Belegschaften – wie zuletzt bei VW – unter Erpressungsdruck Verschlechterungen oftmals ohne größeren Widerstand akzeptieren, nimmt die Bereitschaft zum Lohnverzicht merklich ab.

### Hartnäckige Kämpfe gegen Werksschließungen

Bereits 2005 fanden in einer Vielzahl von Betrieben Abwehrkämpfe gegen Werksschließungen oder Entlassungen statt. Die Härte und Verbitterung, mit der viele dieser Konflikte ausgetragen wurden, hat sich 2006 noch verschärft. Exemplarisch hierfür war der Kampf um den Erhalt der Berliner Waschmaschinenfabrik BSH, der erstmals zumindest die Teilfortführung der Produktion erzwang. Kurzzeitig schienen die Gewerkschafts- und Betriebsratsspitzen gar die Kontrolle über die aufgebrachten Arbeiter zu verlieren. Dass der Streik aber trotz der Ablehnung des erzielten Kompromisses durch zwei Drittel der Belegschaft nicht fortgesetzt werden konnte, dass der Widerstand gegen Betriebsschließungen schwer in aller Konsequenz zu führen ist, wenn das private Eigentum nicht in Frage gestellt wird.

Dennoch sind die Ereignisse bei BSH ein Hinweis dafür, dass die Gewerkschaftsbürokratie zumindest in Einzelfällen die Belegschaften nicht mehr vollends kontrollieren kann. Ein weiteres Beispiel hierfür ist Panasonic in Esslingen, wo die Beschäftigten die von der IG Metall vereinbarte Einrichtung einer »Transfergesellschaft« zweimal ablehnten und den Widerstand fortsetzten. Auch die spontanen Aktionen während der Arbeitszeit in diversen Metallbetrieben – die sich gegen mit dem Entgeltrahmenabkommen (ERA) verbundene Lohnkürzungen richteten – belegen die wachsende Unruhe.

**Daniel Behruzi**, Redakteur „Junge Welt“

### Einladung zum 9. bundesweiten Kongress der Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

#### S T R E I K

- **Historische Bedeutung des Internationalen Sozialistenkongresses 1907**
- **Einfluss der demokratischen Rechte auf die Kampffähigkeit der Gewerkschaften**
- **Politischer Streik in der BRD nach 45**
- **Streikerfahrungen heute am Beispiel des Streiks im Öffentlichen Dienst 2006 und bei Bosch-Siemens-Hausgeräte / Berlin**
- **Erfolgreiche Streiks in Frankreich und anderen europäischen Ländern**
- **Rosa Luxemburg: Massenstreiks, Partei und Gewerkschaften**
- **Politik der SPD von 1914 bis heute**

**Samstag 30. Juni 2007**

**Sonntag, 1. Juli 2007**

**Stuttgart, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20**